

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 59.

Sonnabend, 13. März

1909.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 20, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Dreimal wöchentlich. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die Zeile fl. Schrift der 6mal gespalt. Ankündigungsseite 25 Pf., die Zeile größerer Schrift ob. deren Raum auf 3mal gesp. Zeile im amtl. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingeliefert) 75 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Telegraphensekretär Werner in Großenhain das Albrechtskreuz und dem Ober-Postkassierer Werfke in Dresden das Ehrenkreuz bei ihrem Abtritt in den Ruhestand zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Postdirektor Morand und der Briefträger Straube, beide in Dresden, die ihnen von Sr. Durchlaucht dem Fürstregenten von Neuchâtel verliehenen Dekorationen, und zwar Morand das Fürstl. Neuchâtel'sche Ehrenkreuz 3. Klasse, Straube die mit dem Fürstl. Neuchâtel'schen Ehrenkreuz assoziierte Silberne Verdienstmedaille, annehmen und tragen.

Vom 1. April d. Js. ab wird in **Delsitz i. G.** eine **Zollabfertigungsstelle für Postgüter** in Verbindung mit der dortigen Ortsfischsteuereinnahme errichtet werden. Dresden, am 11. März 1909. 1697

Königliche Zoll- und Steuerdirektion.

Öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses findet Mittwoch, den 24. März 1909, nachmittags 1 Uhr in dem Sitzungssaale der königlichen Kreishauptmannschaft statt.

Die Tagesordnung ist in der Hausflur des Regierungsgebäudes angeschlagen.

Schmied, am 11. März 1909. 1705

Königliche Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Beförderungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im **Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen**. Bei der Post-Verwaltung ist ernannt worden: Gasthofbesitzer Handrick als Postagent in Furchowitz (Leusitz).

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichem Hofe.

Dresden, 13. März. Se. Majestät der König ist, eingegangener Nachricht zufolge, nach einer schönen Fahrt gestern mittag wohlbehalten in Neapel angekommen und hat den Dampfer „Dulow“ verlassen. In Neapel wird Allerhöchstselbe einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen.

Dresden, 13. März. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg werden heute abend 7 Uhr dem Vortage Eben Gebens über seine Entdeckungen in Tibet in der Festigung des Vereins für Erdkunde im Saale des „Volkswohls“ bewohnen.

Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Johann Georg wohnte heute mit den Prinzessinnen-Löchtern Sr. Majestät des Königs und in Begleitung Ihrer Excellenz der Frau Oberhofmeisterin Freiin v. Hind, der Erzieherin Freiin v. der Decken und des Hofmarschalls v. Mangoldt-Reibold der Nachmittagsvorstellung im Zirkus Sarrasani bei.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Dresden, 13. März. Das heute ausgegebene 6. Stüd des Gesetz- und Verordnungsblatts für das Königreich Sachsen enthält das Gesetz zur Abänderung und Ergänzung des Allgemeinen Berggesetzes vom 16. Juni 1868 sowie einiger damit zusammenhängender Gesetze und gesetzlicher Bestimmungen.

Deutsches Reich.

Reichstag.

(B. Z. B.)

Berlin, 12. März. Die Finanzkommission des Reichstags hat heute den Gesetzentwurf über die Erhebungssätze

mit einem Antrage der Reichspartei angenommen, der folgende Steuererhöhung enthält: Von den ersten 250 dz 10 M., von den folgenden 750 dz 12 M., von den folgenden 500 dz 16 M., von dem Rest 20 M.; sowie mit einem Antrage der Konservativen, wonach für die vor dem 1. Oktober 1908 betrieblich hergerichteten Brauereien, sofern in ihnen im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1906, 1907 und 1908 nicht mehr als 150 dz Malz verarbeitet worden sind, die Steuer von den ersten 150 dz des in einem Rechnungsjahre verarbeiteten Malzes nicht auf 10 sondern auf 8 M. festgesetzt wird. Die Annahme des Antrags der Reichspartei betreffend die Erhebungssätze erfolgte mit 13 Stimmen gegen 12 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten. Die Kommission nahm jedoch debattelos den § 1 an und beriet den § 2, der die Besteuerung des Junders zur Brauverwendung behandelt. Die Regierungsvorlage schlägt folgende Vorschriften vor: Der Bundesrat ist befugt, die Brauersteuer für Junder, welcher der Jundersteuer unterliegt, zu ermäßigen und, wenn seine Verwendung in Brauereien mit einem Jahresverbrauch an steuerpflichtigem Brauwerke von nicht mehr als 250 dz erfolgt, zu erlassen. Auf Antrag der Reichspartei wurden die Worte „welcher der Jundersteuer unterliegt“ gestrichen und folgender Zusatz angenommen: Der dem obersächsischen Bier nach Abschluß des Brauereifahrens und außerhalb der Brauerei zugelegte Junder unterliegt nicht der Brauersteuer. In dieser Form wurde der Vortrag angenommen. Die Beratung wird am nächsten Dienstag fortgesetzt. (Wiederholt.)

Ausland.

Österreich-Ungarn.

(B. Z. B.) **Wien, 12. März.** Abgeordnetenhaus. Im Verlauf der Verhandlung des Dringlichkeitsantrags Hejn über die Verfolgung der tschechischen Presse verwarf der Justizminister, von den tschechischen Radikalen wiederholt mit Rärm und Abgussrufen unterbrochen, auf die Zunahme der im letzten Halbjahre durch die tschechische Presse begangenen strafbaren Handlungen hin, deren Ursachen Entartung des nationalen Kampfes und militärfeindliche, anarchische Umtriebe seien, und denen angesichts der durch längere Zeit besonders gefährlichen Lage des Staates mit allem Nachdruck entgegenzutreten werden müsse. Der Minister betonte hierauf das vollständig objektive, nicht voreingenommene Vorgehen der Behörden gegen die tschechische und die deutsche Presse und hob hervor, er und die übrigen Minister seien ehrliche, offene Anhänger der Pressefreiheit. Entartungen der Presse müßten jedoch bekämpft werden. (Lebhafte Weisfall, Abgussrufe bei den tschechischen Radikalen.) Jahradnik betonte die Notwendigkeit einer baldigen Herbeiführung des nationalen Friedens in Böhmen auf gerechter Grundlage. Stransky (deutsch-radikal) wandte sich gegen die Bedrückung der deutschen Minoritäten; die Deutschen verlangten nur ihr Recht. Wenn die Gleichberechtigung jedoch so aufgefaßt werde, daß in den unalten geschlossenen deutschen Sprachgebieten tschechisch amtiert werden solle, so werde niemals Frieden in Böhmen eintreten. Der Präsident rief dann den Redner wegen der Bemerkung: „Ein tschechischer Richter hat keinen Funken Gerechtigkeitsgefühl“, zur Ordnung hierauf wurde der Antrag Daju abgelehnt.

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, finden am 17. und 20. März beim Kaiser Franz Joseph diplomatische Diners statt. In einem ist u. a. der serbische Gesandte in Wien Simitsch geladen. (Verl. Morgenbl.) **Prag, 12. März.** Zum 50. Gründungstage der Prager Gruppe der „Schlaraffia“ war ein allgemeines Konzil für alle reichsdeutschen Lochtvereine in Prag geplant. Es hatten sich über 3000 Teilnehmer angemeldet. Ein danach befragter jungtschechischer Abgeordneter erklärte, für die Sicherheit der Teilnehmer keine Haftung zu übernehmen. Das Konzil wurde darauf für Ende Juni nach Wien verlegt.

(B. Z. B.) **Budapest, 12. März.** Die aus acht Gesetzesentwürfen bestehende Steuerreform wurde heute nach zweimonatlicher Plenarberatung vom Abgeordnetenhause angenommen. Die Abgeordneten brachten ohne Unterschied der Partei dem Ministerpräsidenten Dr. Bekes, der in seiner Eigenschaft als Finanzminister die Vorlagen vertreten hatte, Ovationen dar.

Budapest, 13. März. Der Bantausch des Abgeordnetenhauses hat den Antrag auf Errichtung einer selbständigen Bank angenommen, doch wird dieser Antrag im Plenum erst beraten werden, wenn die Verhandlungen der Regierung mit dem österreichischen Kabinett abgeschlossen sein werden.

England.

(B. Z. B.)

London, 12. März. Die dem Marinebudget beigegebene Denkschrift besagt, daß die lange Dauer der Arbeitslosigkeit in den Privatshipbauwerken den Bau der meisten bereits in Angriff genommenen Schiffe während eines Teiles des Jahres ernstlich verzögert habe.

Ferner wird mitgeteilt, daß die Regierung erwäge, ob es ratsam sei, in gewissen Häfen für schwimmende Todsorge zu tragen.

In einer im Constitutional Club gehaltenen Rede sagte Balfour, die Tarifreform wäre die erste Forderung der unionistischen Plattform, auf sie werde jede unionistische Regierung zu allererst ihr Augenmerk richten müssen.

Der frühere Kriegsminister Parlamentsmitglied Arnold-Forster ist gestorben.

Rußland.

(B. Z. B.)

St. Petersburg, 12. März. Nach einstündiger Verhandlung endigte heute der Prozeß gegen den früheren Rektor der Odesaer Universität Santichewsky und deren früheren Prorektor Waslowsky, die beschuldigt waren, ihre Amtsgewalt in den Jahren 1905, 1906 und 1907 in geizhüßiger Weise nicht angewendet zu haben, wodurch eine ernste Störung im akademischen Leben hervorgerufen wurde. Außerdem wurde Santichewsky beschuldigt, dem Minister für Volksaufklärung wissenschaftlich falsche Berichte über die Zustände an der Universität gefaßt zu haben. Der Senat verurteilte beide zur Dienstentlassung. Ferner wurde Santichewsky zum Verlust des Rechtes, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf Lebenszeit, Waslowsky zum Verlust desselben Rechtes auf drei Jahre verurteilt.

Frankreich.

(B. Z. B.)

Paris, 12. März. Die Deputiertenkammer beendete heute die Beratung der Interpellation betreffend die Umgrenzung des Weinbaugebiets der Champagne. Ackerbauminister Ruau erklärte, daß er unbestreitbare Rechte in lokaler Weise befestigt habe. Die von dem Minister verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 412 gegen 92 Stimmen angenommen.

Aus Vona wird gemeldet, daß dort auch heute lärmende Kundgebungen gegen die Unga-Vorlage stattgefunden haben.

Die Bahnpostbeamten auf der Eisenbahnstrecke Paris—Lyon—Mediterranée hielten heute eine Versammlung ab, in der über verschiedene Forderungen beraten wurde. Nach der Versammlung zogen sie nach dem Hauptpostamt und drangen in die Arbeitszimmer ein, aus denen sie die Polizei vertrieb.

Paris, 13. März. Bei den gestrigen Demonstrationen vor dem Zentralpostamt wurden mehrere Personen verwundet. Auch der Polizeipräsident Lépine erlitt eine leichte Quetschwunde. Die Postbediensteten verlangten die Demission des Unterstaatssekretärs Symian. Der Dienst erlitt durch den Austritt erhebliche Störungen.

Zu den Balkanfragen.

(Melbung des Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) **Konstantinopel, 12. März.** Türkische Blätter melden, daß der Ministerrat, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu festigen, die Ernennung von vier türkischen Konsuln für Bosnien beschlossen habe. Man ist in offiziellen Kreisen davon überzeugt, daß diese Initiative der Fortschritt in Österreich-Ungarn einen sehr guten Eindruck machen werde. (Wiederholt.)

Zu den Orientfragen schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“: Die serbische Note wird in der Presse sehr verschieden beurteilt; sie wird vielfach als ein Fortschritt in friedlichem Sinne betrachtet; ganz befriedigt hat sie nirgends, auch nicht in der französischen und englischen Presse. Es wird abzuwarten sein, ob und was Serbien auf die österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad antwortet. In Wien und hier wird hervorgehoben, daß das serbische Verlangen „alle seine Ansprüche“ von einer europäischen Konferenz geprüft und entschieden zu sehen, auf die Entschliessungen der Mächte ohne Einfluß sein dürfte. Denn alle Mächte sind sich sehr darüber einig gewesen, einer etwaigen Konferenz ein scharf umgrenztes Programm und nur solche Fragen zu unterbreiten, über die vorher eine Verständigung unter den Konferenzteilnehmern stattgefunden hat.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Belgrad: Nach zuverlässigen Informationen aus Regierungskreisen beabsichtigt die serbische Regierung, in kürzester Zeit auf die Mitteilung des Grafen Forgach sich in einer besonderen Note an Österreich-Ungarn zu wenden. (Verl. Morgenbl.) **Belgrad, 12. März.** Bei dem Besuche des österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Forgach beim Minister des Äußern Rilowanowitsch gab dieser auf die Frage nach dem Grunde der Einberufung des dritten Aufgebots zu einer eintägigen Waffenübung eine ausweichende Antwort.

(Melbung des Wiener k. k. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) **Belgrad, 12. März.** In Regierungskreisen verläutet,